

# Wird das dunkelrote Gespenst Wirklichkeit?

Thüringen: CDU bleibt wohl stärkste Partei, aber SPD könnte den Postkommunisten den Steigbügel halten – In Sachsen klare Verhältnisse

**Erfurt/Dresden – Das dunkelrote Gespenst könnte bald Wirklichkeit werden: in Gestalt der ersten rot-roten Landesregierung unter Führung eines Ministerpräsidenten der Linken.**

In rund sechs Wochen, nach der Landtagswahl Mitte September in Thüringen, könnte das grüne Herz Deutschlands, wie sich Thüringen selbst nennt, von tiefroten Blut durchflossen werden. Bodo Ramelow hieße dann der Ministerpräsident, der mit den Linken nach fünf Jahren Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht ablösen würde. Damit würde dann ein knappes Vierteljahrhundert CDU-geführter Dauer-Regierung in Thüringen enden, ununterbrochen seit der Wiedervereinigung 1990.

„Die Wahrscheinlichkeit für eine rot-rote Koalition unter einem linken Ministerpräsidenten Ramelow ist jetzt größer als je zuvor“, analysiert denn auch der Politikwissenschaftler Hendrik Träger von der Universität Leipzig. „Die SPD hat in letzter Zeit entsprechende Signale gesendet.“

46 Prozent der Wählerstimmen sagt die aktuelle Umfrage von *Infratest dimap* für die Linken und die SPD zusammen voraus, 55 Prozent würden für die Fortsetzung der großen Koalition von CDU und SPD stimmen.

Dennoch haben sich die Regierungspartner seit 2009 in Thüringen stark auseinandergelebt und entfremdet, was spätestens beim Rücktritt des damaligen Wirtschaftsministers der SPD, Matthias Machnig, deutlich wurde. Der Rücktritt war im November 2013



Bild: dpa/epa

Üben schon mal den Schulterchluss: SPD-Landeschef Matschie (l.) und Linken-Spitzenkandidat Ramelow (r.). Wenn die SPD tatsächlich erstmals in der bundesdeutschen Geschichte den Steigbügelhalter für die Postkommunisten spielen sollte, hätte das sicherlich größere Auswirkungen auf die Bundespolitik.

durch dessen doppelte Bezüge als früherer Staatssekretär im Bundesumweltministerium und Landesminister ausgelöst worden.

Besonders deutlich wird das gespannte Verhältnis der aktuellen Koalitionspartner auch beim Umgang mit den beiden Chefs der Staatskanz-

leien in Thüringen und Sachsen: Johannes Beermann, vom sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) kurz nach dessen Amtsantritt im Jahr 2008 in die Staatskanzlei nach Dresden geholt, soll demnächst nach Frankfurt am Main in den Vorstand der Bundesbank wechseln. Die Staatsregierung in Sachsen verkündete, dies offiziell mit Thü-

ringen abgesprochen zu haben und gemeinsam Beermann im Bundesrat vorschlagen zu wollen. Es wäre also eine reine Formsache gewesen. Doch die SPD als Regierungspartner in Thüringen machte dem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung, brandmarkte es als „Kunzelei“ und verweigerte die Zustimmung. Beermann wurde nicht im Bundesrat vorgeschlagen.

Der Thüringer Staatskanzleichef selbst geriet wegen mehrerer Affären später ebenfalls in die Kritik, die so

heftig wurde, dass Ministerpräsidentin Lieberknecht ihn kurz vor der Wahl entlassen musste. Die Staatsanwaltschaft Erfurt ermittelt sogar wegen des Ver-

dachts der Untreue gegen ihn. „Die Personalie Gnauck lässt nach der Debatte um den ehemaligen Regierungssprecher Zimmermann erneut die Personalpolitik und das Krisenmanagement von Ministerpräsidentin Lieberknecht in einem schlechten Licht erscheinen“, resümiert Parteienforscher Träger. „Die Oppositionsparteien werden im Wahlkampf sicherlich versuchen, dieses Thema am Köcheln zu halten und es der Regierungschefin vorwerfen.“

Beim früheren Sprecher Peter Zimmermann waren die Umstände seines Wechsels in die Privatwirtschaft kritisiert worden.

Der Politikwissenschaftler ergänzt: „Insbesondere der Fall

Beermann hat das Klima in der aktuellen Regierung nicht verbessert. Wahrscheinlich wären sowohl CDU als auch SPD froh, den jeweils anderen nach der Wahl los zu sein und mit anderen Partnern zu regieren.“ Die CDU selbst würde nach der aktuellen Umfrage 36 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, bei der letzten Wahl 2009 waren es 31 Prozent gewesen.

Im benachbarten Sachsen werden für die Wahl, die Ende August und damit zwei Wochen vor der Wahl in Thüringen ausgerichtet wird, für die CDU 42 Prozent vorausgesagt. Damit wäre die Partei wie in den vergangenen zehn Jahren schon wahrscheinlich auf einen Koalitionspartner angewiesen. Die

FDP, mit der Ministerpräsident Tillich seit 2009 regierte, käme voraussichtlich nicht infrage, da die Partei aller Wahrscheinlichkeit nach den Einzug in das Landesparlament verfehlen wird. Es käme jedoch wie von 2004 bis 2009 eine große Koalition mit der SPD in Betracht, die die Mehrheit der Wähler auch wollen.

„Einige der heutigen Akteure kennen sich also, was eine erneute Zusammenarbeit erleichtern würde“, vermutet Politikwissenschaftler Träger. „Und eine Große Koalition ist immer die ‚letzte Ausfahrt‘, wenn nichts anderes mehr geht.“ Zu den Perspektiven einer Koalition mit den Grünen merkt Träger an, die Grünen würden wahrscheinlich für eine Koalition bereitstehen – und im Falle des Falles sicherlich auch die CDU. „Aus Sicht der CDU würde es aber wenig Sinn machen, in der Wahlkampfzeit öffentlich über ein solches Regierungsmodell nachzudenken“, schränkt der Wissenschaftler ein. „Das würde zeigen, dass die Christdemokraten nicht an

den eigenen Sieg im Sinne einer eigenen Mehrheit glauben, und das wäre aus wahlkampfstrategischer Sicht äußerst kontraproduktiv.“

Indirekt sind sich offenbar sogar die Linken, denen 21 Prozent der Stimmen prognostiziert werden, sicher, dass die sächsische Union auch nach den Wahlen weiter die größte Regierungspartei sein wird. Sie plakatiert im Wahlkampf „25 Jahre CDU sind genug“ – doch dieses Jubiläum wird erst im kommenden Jahr erreicht.

Sven Eichstädt

**CDU und SPD in Thüringen haben sich stark entfremdet und auseinandergelebt**

**Der Freistaat Sachsen – der Hort der Stabilität – steuert auf eine erneute absolute CDU-Mehrheit zu**

**Beermann, Gnauck, Zimmermann: In Personalfragen bewies Lieberknecht bisher keine glückliche Hand**